

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei: Engelhard Kieja,
Dresden Nr. 22.

Amtsblatt

Veröffentlichung: Sonntag 21.000,
Dresden Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 53.

Freitag, 5. März 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Preis pro Nummer 10 Pf. ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Zeilen) 80 Pf., Druckpreis 70 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz Kontursatz, Nachmittags- und Vermittlungsgebühren 20 Pf. feste Tarife. Gemäßigter Rabatt erlisst, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Verzug der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Vorkauf oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Das Wirtschaftsministerium nimmt mit Rücksicht auf die große wirtschaftliche Bedeutung der Gelinderhaltung unserer zurzeit ohnedies stark verminderten Schweinebestände Veranlassung, erneut auf den Wert der Schutzimpfungen gegen den Schweineerotlauf aufmerksam zu machen. Dabei wird darauf hingewiesen, daß für Notausnahmefälle, welche die Schweinebestände in den Monaten April bis Juli jedes Jahres freiwillig durch Tierärzte ausführen lassen wollen, der Impfstoff kostenlos zur Verfügung gestellt wird, sofern mindestens der vierte Teil der Schweinebestände einer Gemeinde bis Ende März jedes Jahres die Vornahme der Impfung beantragt. Die Kosten der Impfung selbst sind von den Besitzern zu tragen.

Häheres ergibt sich aus den mit Verordnung vom 20. Januar 1917 veröffentlichten Grundrissen für Schutzimpfungen gegen den Schweineerotlauf (Sächsisches Staatsanzeiger und Velpauer Zeitung Nr. 23). Die dort unter D Absatz 8 vorgelebene Gebührensatzliste für Notausnahmefälle werden aufgehoben und mit Rücksicht auf die bestehende Leistung wie folgt festgesetzt:

Für die Impfung von Beständen bis zu 10 Schweinen eines Gebiets je mindestens jedoch	1,50 M.
Für die Impfung von Beständen bis zu 100 Schweinen eines Gebiets je mindestens jedoch	4,50 M.
Für die Impfung von Beständen über 100 Schweine eines Gebiets je mindestens jedoch	15,00 M.
Für die Impfung von Beständen über 100 Schweine eines Gebiets je mindestens jedoch	0,75 M.
Für die Impfung von Beständen über 100 Schweine eines Gebiets je mindestens jedoch	120,00 M.

Die neuen Gebührensätze treten sofort in Kraft.

Dresden, am 3. März 1920.

Wirtschaftsministerium.

191 V V

16599

Verordnung

über die Verpackung von Obstbäumen im Jahre 1920.
Auf Grund der Verordnung über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September/4. November 1918 (R.-G.-Bl. S. 607/728) und der Bundesratsverordnung über Auskunftsfrist vom 12. Juli 1917 (R.-G.-Bl. S. 604) wird unter Aufhebung der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 14. Mai 1919 — Nr. 746 V G 1 — (Sächs. Staatsanzeiger Nr. 110 vom 18. Mai) folgendes angeordnet:

I. Das Wirtschaftsministerium wird bekanntgeben, von welchem Zeitpunkt an der Abschluß neuer Pachtverträge über Obstbäume von Äpfeln, Kirschen und Birnen wieder zulässig ist. Bis dahin ist der Abschluß untersagt und für das Jahr 1920 unwirksam.

II. Pachtverträge haben im Sinne dieser Verordnung andere Verträge gleich, die den Nebengang der Verfügungsberechtigung über die Obsternte vom Erzeuger auf einen anderen bezwecken.

III. Pachtverträge über Obstbäume von Äpfeln, Kirschen und Birnen haben nur Gültigkeit, wenn sie schriftlich unter Benennung der Pachtsumme und des vor der Verpackung abzuschließenden voraussichtlichen Ernteergebnisses abgeschlossen sind. Eine Ausfertigung des Vertrages ist binnen 8 Tagen seit dem Inkrafttreten dieser Verordnung bei 5 Tausend nach Abschluß des Vertrages vom Pächter dem Kommunalverband, in dessen Gebiet die Obstbäume liegen, einzureichen. Gleichzeitig mit dieser Einreichung sind unter Benennung der Pächter und Erträge die Pachtsumme, die in den Jahren 1914, 1915, 1916, 1917, 1918 und 1919 für dieselbe Obstbäumung bezahlt worden sind, sowie die Zahl der tragfähigen Bäume der Obstbäumung und ihr durchschnittliches Alter anzugeben. Auch ist eine Bestätigung eines am Pachtvertrag nicht beteiligten obftkundigen Dritten über die Richtigkeit der Zahl und der Altersangabe der tragfähigen Bäume, sowie ein Gutachten über den voraussichtlichen Ernteertrag dem Kommunalverband vorzulegen.

IV. Der Kommunalverband ist berechtigt, Pachtverträge wegen übermäßig hohen Pachtzinses nach Anhörung von Sachverständigen für das Jahr 1920 für unwirksam zu erklären, soweit nicht die Vertragsparteien binnen einer vom Kommunalverband zu bestimmenden Frist die schriftliche Vereinbarung eines angemessenen Pachtzinses nachweisen.

V. Alle Pächter und Wächter von Obstbäumen sind verpflichtet, dem Kommunalverband und seinen Beauftragten — die zur Gebührensatzung verpflichtet sind — jederzeit zu

gestatten, zur Ermittlung richtiger Angaben ihre Geschäftsbriefe und Geschäftsbücher einsehen zu lassen.

VI. Wer diesen Vorschriften zuwiderhandelt, insbesondere wer die nach II erforderlichen Angaben nicht oder falsch erstattet oder die Einreichung der Pachtverträge unterläßt oder Pachtverträge mit falschen Angaben einreicht, oder wer auf Grund einer unzulässigen oder für unwirksam erklärten Vereinbarung eine Leistung vollzieht, wird, soweit nicht höhere Strafen verwirklicht sind, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

VII. Diese Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, am 3. März 1920.

Wirtschaftsministerium, Landeslebensmittelamt.

252 V G

16598

Auf Grund des § 31 Abs. 2 d. H. G. B. soll das Erlöschen der Firmen

- 1.) Sächsische Lackfabrik, vorm. A. von Petrikowitsch, Aktiengesellschaft in Forberg — Blatt 343 —
- 2.) Artur Schwann in Langenberg — Blatt 475 —
- 3.) Hübner & Kuntze in Streßa — Blatt 458 —
- 4.) Eisenwerk Streßa, Ges. m. b. H. in Streßa — Blatt 444 —

von Amts wegen in das Handelsregister eingetragen werden. Die Aktionäre der Gesellschaft zu 1 und die Inhaber der unter 2-4 genannten Firmen oder deren Rechtsnachfolger können hiergegen Widerspruch geltend machen, dies bis zum

15. Juli 1920

bei dem unterzeichneten Gericht einbringen sein muß.

Amtsgericht Riesa, den 4. März 1920.

Rohlenverkaufspreise.

In teilweiser Abänderung unserer Bekanntmachungen vom 17. Januar 1920 — Nr. 14 des Riesauer Tageblattes vom 19. Januar 1920 — und 6. Februar 1920 — Nr. 32 des Riesauer Tageblattes vom 9. Februar 1920 — geben wir bekannt, daß mit sofortiger Wirkung für Braunkohlenbriketts folgende Kleinverkaufspreise in Kraft treten:

Preis ab Lager des Kohlenhändlers	Preis frei vor's Haus	
	bei Zufuhr von 1-15 Str.	bei Zufuhr von über 15 Str.
Niederlaufender Briketts	11,60 M.	12,20 M.
Beständiger Briketts	12,40 M.	13,00 M.
a) Salon- und Kalksteine	12,05 M.	12,65 M.
b) Kalkbriketts	12,55 M.	13,15 M.

Der Rat der Stadt Riesa, den 4. März 1920.

Stadtbücherei.

über 5500 Bände, jeden Dienstag, ausschließlich schulfreier Tage, abends von 6-8 Uhr geöffnet. Eingang: Haupttor des Stadtschulgebäudes Goethestr. Leihgebühr für den Band 1. und 2. Woche 5 Pf., für jede weitere Woche 5 Pf. mehr.

Die Verwaltung der Stadtbücherei. Töbelemann.

Markenausgabe in Gröba.

Sonnabend, den 6. März 1920, nachmittags 4-5 Uhr werden in den bekannten Markenausgabestellen die Nahrungsmittelarten ausgegeben.

Die sich häufenden Materialdiebstähle unseres Wert- und Hauspersonals geben uns Veranlassung, eine Belohnung bis zu

Mk. 1000.—

auszusetzen. Je nach Umfang und Wert der Diebstähle zahlen wir bis zu obigem Betrag eine Belohnung an solche, welche einen oder die Diebe so nachweisen, daß wir sie gerichtlich belangt können. Außerdem warnen wir, vor allem Materialkäufer, vor Ankauf des gestohlenen Gutes.

Elektrizitätsverband Gröba (Elbe).

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 5. März 1920.

— Keine weitere Kürzung der Prozeption. In den letzten Tagen waren allgemeine Berichte im Umlauf, daß eine weitere Herabsetzung der Prozeption auf 3 Pfund pro Kopf und Woche demnächst zu erwarten sei. Wie wir erfahren, hat sich das sächsische Landeslebensmittelamt an die maßgebenden Berliner Stellen gewandt, und von dort den Bescheid erhalten, daß eine weitere Herabsetzung der Prozeption zur Zeit an keiner maßgebenden Stelle auch nur in Erwägung gezogen sei.

— Tarifvertrag für die Landarbeiter. Nach langwierigen unter dem Vorwort des Wirtschaftsministeriums geführten Verhandlungen ist es gestern gelungen, einen Tarifvertrag für die Landarbeiter des Regierungsbezirks Dresden zustande zu bringen.

— Die Aktiendividenden im Sächs. Bergbau. Wie im Lugau-Deilsdorf-Kohlenrevier, so verfahren auch auf den meisten Kohlenwerken des Haidauer Reviers die Bergarbeiter jetzt wieder die Arbeitslosen, indem sie freiwillig täglich eine mit 25 Prozent Aufschlag bezahlte Überstunde zur Siebenstundenschieft leisten. Nur die Besessenen des Haidauer Reviers bauen und der Bürgergewerkschaft nehmen zur Arbeitslosenliste noch eine ablehnende Haltung ein. Durchgängig aber erklären die Bergarbeiter, daß die Arbeitslosenliste nur für die nächsten Monate, nicht aber für den Sommer in Betracht komme und daß man ihr damit erst im nächsten Winter werde wieder näher treten können.

— Arbeitsvertragspolitik im deutschen Holzgewerbe. Einer Anregung des Arbeitgeberverbandes des sächsischen Holzgewerbes, Eiß Dresden, folgten, verarmten sich vor kurzem in Eiß Vertreter von zehn selbständigen Landes- bzw. größeren festangestellten Bezirksverbänden der Arbeitgeber des deutschen Holzgewerbes, in deren Betrieben zusammen rund 120 000 organisierte Holzarbeiter beschäftigt sind. — Die vertretenen Verbände lehnten eine zentrale Regelung der Lohn- und Tarifverhältnisse ab, weil es sich erwies, daß es unmöglich ist, für ganz Deutschland von einer Stelle aus die verschiedenen Verhältnisse zu überblicken und die Arbeits- und Lohnverhältnisse so zu gestalten, daß den Eigenarten der einzelnen Landesteile Rechnung getragen wird. — Nur starke, selbständige, sich selbst verwaltende, auch finanziell kräftige Landes- bzw. Bezirksverbände können auf Grund ihrer Kenntnis der lokalen Verhältnisse die Interessen ihrer Mitglieder wirksam vertreten. Die

Verammlung stellte am Schluß ihren übereinstimmenden Willen dahin fest: Die Landes- und Bezirksverbände werden, soweit es nicht schon geschehen ist, ihre Lohn- und Tarifpolitik für ihre Landesteile selbständig treiben. Mit der vorläufigen Geschäftsführung der Fragen gemeinsamen Interesses wird beauftragt der Arbeitgeberverband des sächsischen Holzgewerbes Dresden-Nr. 18, Vertikaler, 1. I.

— Die Seidel-Sänger, eine der angesehensten und ältesten Puppentheatertruppen Leipzigs, geben am 11. und 12. März Konzerte in Höpners Saal. Seit 1914 treten sie erstmalig wieder hier auf.

— Zur Frage der Aufhebung der sächsischen Sonderfeiertage. Der Reichstagsrat der Volkstammer hat folgenden Antrag gestellt: Die Volkstammer wolle beschließen: 1. den Antrag Dr. Reinhold und Genossen in folgender veränderter Fassung anzunehmen: Die Regierung zu ersuchen, auf dem Gesetzwege zu bestimmen, daß am 6. Januar (Hohenzahnsfest), wenn dieser auf einen Sonntag fällt, u. am Frühjahrsbühnenfest keine allgemeine Arbeitsruhe herrschen soll; 2. die eingegangenen Gesuche, soweit sie sich gegen Aufhebung des Hohenzahnsfestes und des Frühjahrsbühnenfestes als sträflicher Feiertage wenden, durch den zu 1. gefaßten Beschluß für erledigt zu erklären, im übrigen auf sich beruhen zu lassen; 3. die Gesuche, soweit sie sich gegen Aufhebung des Reformationsfestes wenden, für erledigt zu erklären, da sich die darin ausgesprochenen Wünsche inhaltlich mit dem Antrag Dr. Reinhold und Genossen und mit dem zu 1. gefaßten Beschluß vollständig decken; 4. dem Antrag unter 1. folgende Ergänzung anzufügen: die Regierung zu ersuchen, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß für erwerbsfähige Arbeiter und Angestellte durch Reichsgesetze die Gewährung von Ferien in der Winterdauer von sechs aufeinanderfolgenden Tagen angeordnet wird. Die Winterferien des Ausschusses, die unabhängigen Abgeordneten Wipinski, Müller, Demhardt, beantragt: Die Volkstammer wolle beschließen: die sächsische Regierung zu ersuchen, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß für erwerbsfähige Arbeiter und Angestellte durch Reichsgesetze die Gewährung von Ferien in der Winterdauer von sechs aufeinanderfolgenden Wochentagen, unter Fortzahlung des Lohnes, angeordnet wird. Nach dieser reichsgesetzlichen Regelung erklärt sich die Volkstammer bereit, die sächsischen Feiertage als: Hohenzahnsfest, Frühjahrsbühnenfest und Reformationsfest, die allgemeinen Feiertage als: Karfreitag, Himmelfahrt und Herbstbühnenfest ihres Charakters als staatlich anerkannte Feiertage zu erklären; das sächsische Gesetz, betreffend die Sonn-, Fest- und Ruhetage vom 10. September 1878, nach Aufhebungsverordnung vom

gleichen Tage aufzuheben; den Antrag Nr. 514, Dr. Reinhold und Genossen, betreffend Aufhebung sächsischer Sonderfeiertage, als erledigt zu betrachten.

— Zur Frage der Steuernachricht. Der Vermögen oder Einkommen, das zu einer öffentlichen Abgabe hätte beantragt werden müssen, bisher nicht angegeben hat, und deswegen verwirklichte Strafen wegen Steuerzögerlichkeit sowie Verfall des Vermögens gemäÙ dem Gesetz über Steuernachricht abzuwenden will, wird aufgefordert, das bisher nicht angegebene Vermögen im Einkommen spätestens bis zum 15. April 1920 einem Finanzamt, das für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs zuständig ist, anzugeben. Die Angaben können mit der Steuererklärung für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs verbunden oder als Nachtrag hierzu innerhalb der Frist — bis zum 15. April 1920 — eingereicht werden. Dabei sind Vor- und Zunahme, Stand, Verlust oder Gewerbe nebst Wohnort und Wohnung oder Firma und St. genau zu bezeichnen. Die Angabe befreit den Steuerpflichtigen von jeder Strafe wegen Steuerzögerlichkeit, die sich auf das nachträglich angegebene Vermögen oder Einkommen beziehen. Nachforderungen von Abgaben für die Zeit vor dem 1. April 1915 sind ausgeschlossen. Vermögen, das bei der Veranlassung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs oder zum Reichsnotopfer vorläufig verschwiegen ist, verfällt kraft Gesetzes dem Reich. Unrichtige Angaben, die sich etwa noch in der Steuererklärung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs finden, müssen daher unverzüglich und jedenfalls so zeitig berichtigt werden, daß die Angabe noch bei der Veranlassung zu der Steuer berücksichtigt werden kann.

— Gröba. Der auf dem diesjährigen alten Rittergut bei den Bedachungsarbeiten beschäftigte Dachdecker Reinhard Emil Klinge aus Riesa verunfallte dadurch tödlich, daß er mit der elektrischen Starkstromleitung in Berührung kam und vom Dach herabfiel.

— Gröba. Öffentliche Sitzung des Gemeinderates findet am Sonnabend, den 6. März, nachmittags 6 Uhr im Sitzungssaal in der Zentralschule statt. Beratungsgegenstände: 1. Haushaltsplanberatung. 2. Beschlußfassung über Erhebung von Gemeindeeinkommen- und Grundsteuer im 1. Vierteljahr 1920. 3. Bekanntmachungen über Wohnausweisungen. 4. Mitteilungen und Anfragen. — Die auf nichtöffentliche Sitzung.

— Riesa. Ein schwerer Einbruch mit Veranlassung ist in der vorletzten Nacht in der Trinitatiskirche des Ortsteiles Riesa verübt worden. Die Einbrecher schlugen auf der Südseite der Kirche ein Fenster ein und

Der Ausgang des Eraberger-Prozesses.

Berlin, 4. März. Im Eraberger-Prozess be-
trug Oberstaatsanwalt Krause nach nachmaliger
Mithilfe der einzelnen Strafrichter der Staatsan-
waltschaft gegen den Angeklagten Dr. Helfferich wegen
Beleidigung nach § 186 in Absichtserregung mit § 188
des Strafgesetzbuches eine Geldstrafe von
300 Mark, ferner Zusperrung der Publikations-
befugnis an den Nebenkläger Eraberger und Bes-
tätigung bzw. Einziehung d. Helfferichschen Proschüre
gegen Eraberger und bez. an ihrer Verletzung be-
trühten Platten und Formen.

Nach dem Gange der Prozess-Verhandlungen im
Verdammungsprozess Erabergers gegen Helfferich und nach den
Schlußreden der beiden Staatsanwälte, welche die öffentliche
Anklage gegen Helfferich vertreteten, ist kein Zweifel über den
Ausgang des Prozesses mehr möglich. Selbst wenn Helfferich
nicht ganz freigesprochen, sondern mit der beantragten gering-
fügigen Geldstrafe von dreihundert Mark belegt wird, ist
Eraberger gerichtet. Sein Versuch einer Reinigung, auf dem
von allem die Demotoren beim Wiedertritt in die Re-
gierung das größte Gewicht gelegt haben, ist gescheitert.
Sind ihm auch seine früheren kriminellen Verfehlungen nach-
gewiesen, so bleibt doch so viel hängen, daß dieses bisher
so einflußreiche Mitglied der Reichsregierung umgänglich sein
hohes Amt weiter führen kann. Ob Eraberger noch weiter-
hin Mitglied der Nationalversammlung bleiben, oder auch
sein Mandat als Volksvertreter niederlegen wird, ist dabei
von geringerem politischen Interesse.

Den Freunden Erabergers und insbesondere seinen
Vorteilgenossen im Zentrum kommt der Ausgang des Pro-
zesses nicht mehr überraschend. Sie haben sich seit Wochen
damit abgefunden, daß der Reinigungsversuch des
Finanzministers mißlingen werde. Schon am vorigen Son-
ntag haben denn auch die Mehrheitsparteien unter Vorantritt
des Zentrums, das naturgemäß in dieser Angelegenheit das
erste Wort hatte, eine öffentliche Erklärung abgegeben, nach
der Eraberger als Minister unmöglich war. Es ist nicht
unbekannt geblieben, daß seit diesem Tage schon eifrig nach
einem Nachfolger für ihn gesucht wurde, obwohl er noch
nicht formell von seinem Ministerposten zurückgetreten ist.
Das Reinigungsbedürfnis, das von den Gegnern Erabergers
so stark betont wird, hat also auch die Regierungsparteien
von Anfang an beherrscht und gibt sich noch besonders durch
die Entlassensuche kund, diesen Mann sobald als möglich
aus dem Reichsministerium auszusperren.

Aber der Ausgang des Prozesses darf nicht zu unange-
brachten Gerüchtern Anlaß geben. Von einer all-
gemeinen Korruption in den hohen und höchsten Beamten-
stellen des neuen Reichs ist nicht das geringste erwiesen.
Ja, man muß geradezu sagen, daß selbst Eraberger
der Vorwurf einer verabschiedeten Korruption ver-
schuldig ist. Nur die Sühnung zahlreicher an sich nicht
auslagender Einzeltat scheinlich hat ihn unmöglich gemacht.
Das lächerliche Sprichwort, daß siebzehn Hornissenfide ein
Feld töten können, findet auf Eraberger Anwendung. Die
Art, wie ihm diese Hornissenfide verleiht worden sind, war
jedem so, daß sein Prozeßgegner, Herr Helfferich, nicht als
Krahlender Held und selbstloser Vaterlandskrieger aus der
Sache hervorgeht.

Am allermeisten kann das gegenwärtige politische
System für den Ausgang der Affäre verantwortlich gemacht
werden. Die Taten Erabergers, die ihm im Strafantrag
zum Vorwurf gemacht werden, liegen fast sämtlich in der
Zeit des alten Regierungssystems. Damals, nicht aber heute,
konnte Eraberger die Rolle spielen, die ihm zum Verhängnis
geworden ist. Die freie und unbefangene Haltung der
Staatsanwälte in diesem Prozeß ist sogar ein Maßstab
für das gegenwärtige System, denn das alte nicht Ver-
ständliche, wohl aber viel Begehrtere an die Seite zu setzen
darf. Der Fall Eraberger wird deshalb auch in der politischen
Geschichte nur eine traurige Episode bleiben, die bald der
verdienten Vergessenheit anheim fallen dürfte.

Das Vaidoyer des ersten Staatsanwalts.

Zu Fortsetzung des Vaidoyers im Prozeß Eraberger-
Helfferich erklärte der erste Staatsanwalt von Kanten, daß
der Fall Verdingung auslöste. Graf Verding sei tot. Es
könne nicht bewiesen werden, ob er mit Recht Eraberger Un-
mündigkeit vorgeworfen habe. Ebenfalls sei der Fall

erlangt durch dieses ins Innere der Sache. Dort räumten
sie den Altar vollständig ab. Die Altarsteine, das
Festlich, Teden und sonstige Altarsteine, selbst der
Leuchter wurden von den Dieben mitgenommen. Vom Altar-
stein aus versuchten die Einbrecher offenbar auch in die
Zakristei einzudringen, was ihnen aber nicht gelang. Sie
brachen deshalb von außen her von neuem ein und sprengten
die äußere Tür zur Zakristei auf. In der zweiten
Tür hoben sie ein verriegeltes Feld der Tür heraus. Durch
die schmale Öffnung ist offenbar ein schmückendes Gemälde
hindurchgefallen, der sodann im Innern der Zakristei
den Wand durchbohrten. Sämtliche Abendmahlsgeschäfte
und eine Taufschale sind aus einem ebenfalls er-
brochenen Schranke geraubt worden. Alle Geräte, Kelche,
Kostenteller, Teller und Löffel waren über und innen
vergoldet und stellen einen erheblichen Wert dar. Die
Einbrecherwerkzeuge, Feil und Säge, hatten sich die Die-
ber aus dem Geräteschuppen des Totenbettmeisters auf
dem Friedhofe geholt.

Worzburg. Während des Vieremartens am
Diensttag wurde ein zur Marktaufsicht abkommandierter
Gendarmerteil infanterie umgefahren und glücklicherweise
nur leicht verletzt. Dieser Zwischenfall hatte aber unter
den Marktschreibern solche Erregung zur Folge, daß die
in der Saloppe untergebrachte Gendarmerteil der
Landgenossenschaft alarmiert werden mußte. Eine Re-
gierung rüfte sofort im Automobil nach Worzburg und
arriviert dort ein Wachregiment in Stellung, worauf sich
die erregten Gemüter bald beruhigten.

Dresden. Die an den Dresdner Innungs-
schulen im Nebenamt unterrichtenden Lehrer haben, weil
ihre Forderungen auf Zahlung eines Honorars von
250-300 Mk. nicht bewilligt wurden, den Unterricht an
diesen Schulen eingestellt, jedoch diese Schulen vorläufig
ihren Betrieb einstellen mußten.

Schanda. Am Dienstag früh ereignete sich auf der
hiesigen Albtrommel aus noch nicht aufgeklärten Ursachen
ein Schiffswend. Der Rettungsdampfer III der Ostpreussischen
Nordsee-Dampfschiffahrts-Gesellschaft sank plötzlich, so daß
nur noch die Schornsteine aus dem Wasser ragen und die
Rettungsschiffe kaum noch Wasser hatten, ihr nächstes Leben
zu retten. Die Schiffahrt erleidet durch diesen Unfall keine
Unterbrechung.

Weslich. Eine Fassmünger-Gesellschaft ist die
hiesige Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Nach-
forschungen nach dem Ursprung der in der letzten Zeit
besonders zahlreich in den Verkehr gebrachten, geistlich nach-
gemachten falschen 50-Mark-Scheine ergaben, daß sie in
der Gegend in Berlin in großem Maßstab hergestellt
wurden und daß bei ihrer Fabrikation der Ingenieur
v. Higgeler und mehrere Unbekannte beteiligt waren. Von
Higgeler konnte in einem Vorwurfe von Weslich in einem
Restaurant verhaftet werden, während seine Komplizen ipso
facto verhaftet sind. Nach dem Vernehmen wurde auf

wegen der hiesigen Frage aufzuklären, da die Eraberger
im Einverständnis mit den Parteien unterblieben sei. Es
sei auch zweifelhaft, ob deswegen Helfferich bestraft werden
könnte, da er in der Notwehr gehandelt habe. Im Falle
Verding, wo die erblichen Ausgaben Erabergers im öffentlichen
Berechnung zu seinen unrichtigen gehalten hätten, erklärte der
Staatsanwalt den Beweis für den Angeklagten als erbracht.
In dem Falle, wo Eraberger Helfferich vorgeworfen habe,
daß er der leichtfertige Finanzminister sei, weil er nicht für
Kriegssteuer sorgte, habe, hätte sich der Staatsanwalt auf
die Aussagen Spahn. Auf Grund dieser Aussagen bezwei-
felt der Staatsanwalt auch die Richtigkeit der Angaben Er-
aberger betreffs der Konferenz bei Weidmann Hollweg. Er-
aberger habe nach kategorischer Abweisung durch Weidmann
unmittelbar hinterher das Gegenstück Spahn und seiner
Partei mitgeteilt. Der Staatsanwalt betraufte auch hierin
den Beweis der Wahrheit durch den Angeklagten als erbracht.
Ferner hielt er es für erwiesen, daß Eraberger auf andere
Weise als über das auswärtige Amt zu dem Österreichischen
Reich gekommen sei. Hinsichtlich der Kritik gegen den
U-Boottier kam der Regierung das Vorgehen Erabergers
überraschend. Der Staatsanwalt komme zur Ueberzeugung,
daß die Behauptungen Helfferich in dieser Beziehung sich als
wahr erwiesen hätten. Der Staatsanwalt stellte in Rede,
daß das Verhalten Erabergers nach der Freidandresolution
der Regierung gegenüber offiziell richtig gewesen sei. Der
Staatsanwalt beschäftigte ferner sich mit den Vorkommnissen
in der Verhandlung selbst, aus denen der Angeklagte den Be-
weis der Unschuldhaftigkeit führen wollte. Die Begründung
dieser Behauptung erbrachte er dem Gerichtshofe. Der Staats-
anwalt sprach die einzelnen Fälle durch, für deren zwei der Be-
weis nicht erbracht sei. Schließlich bemerkte er, für die
Staatsanwaltschaft ergebe sich, daß bei dem Nebenkläger ein
Dang zur Unmündigkeit bestanden habe. Der Staats-
anwalt verbreitete sich sodann über den Vorwurf der gemein-
den Denunziation. Man müsse annehmen, daß die Beschul-
dungen Erabergers in Sachen der Verbrechen in Relation
unter der Regie Helfferich zur Aufnahme der ogerichtlichen
Personen in die Rie der Auslieferung führen müßten.
Die Staatsanwaltschaft halte den Vorwurf der Denunziation
für erwiesen.

Im Fall Jahnke (Mordanschlag im deutschen Flotten-
verein) sei Eraberger mit der Anklage gekommen, er
müsse die Anklage hervorheben, weil er fälschlich, wegen einer
Verletzung des Urheberrechtes zur Verantwortung gezogen
zu werden. Der Staatsanwalt fügte hinzu, er brauche über
die Sache weiter nichts zu sagen. Das Verhalten Er-
abergers im Falle des Briefes des Majors Dillberg an den
Kriegsminister wird vom Staatsanwalt stark be-
mängelt. Oberstaatsanwalt Krause kommt nochmals auf
den Fall Dombrowski zu sprechen und bezeichnet es als
sehr bedauerlich, mit welcher Leichtfertigkeit höhere An-
griffe gegen eine prominente Persönlichkeit erhoben wor-
den. Durch solche Mißbräuche werde das Vertrauen des
Volkes in die Richtigkeit und Zurechnungsfähigkeit amtlicher
Mitteilungen sehr erschüttert. Zur Begründung des
Strafantrags übergehend, erklärte Oberstaatsanwalt, der
Angeklagte habe zweifellos befehligen und verlegen wol-
len. Er habe den Kampf immer wieder von neuem auf-
genommen. Mit diesen Ausführungen wolle er nicht be-
streiten, daß der Angeklagte von Beweismitteln geteilt
wurde, die in erster Linie ungenügend waren. Trotzdem
müsse die Staatsanwaltschaft die Verurteilung beantragen.
Zu verurteilen sei, daß dem Angeklagten ein großer Teil
des Beweismittels gestrichelt sei, wenn auch diese schwere
Verhandlungen nicht erwiesen werden könnten. Dazu
komme, daß auch der Angeklagte von dem Nebenkläger
stets schwer befehligen worden sei. Unter Berücksichtigung
aller dieser Umstände und Inbetrachtziehung der Ver-
mögensverhältnisse des Angeklagten beantrage er die Ver-
urteilung zu einer Geldstrafe von 300 Mark. Zum Schluß
sagte der Oberstaatsanwalt, die Staatsanwaltschaft habe
auf alle politischen Betrachtungen verzichtet. Sie habe sich
Arens auf den Boden der Strafprozessordnung gestellt.
Wären alle Politiker und Parlamentarier, mögen die be-
rühmten Vertreter der Presse ihre Forderungen aus diesem
Prozeß ziehen und möge dieser Prozeß zur Reinigung und
Gewinnung des öffentlichen Lebens beitragen. Darauf er-
griff der Vorsitzende Uberg das Wort und ging aus-
führlich die einzelnen Punkte durch.

Veranlassung der Göttinger Kriminalpolizei in Berlin keine
Wirtin als Mithilfende von der dortigen Kriminalpolizei
festgenommen. Beschlagnahme wurde in Götting ein als
Handgepäck aufgegebenes Paket mit 75 750 Mark in falschen
50-Mark-Scheinen.

Nichtamtlicher Bericht über die öffentliche Gemeinderatsitzung in Gröb (Zentralhalle) am 1. März 1920.

Anwesende: Herr Gemeindevorstand Hans als Vor-
sitzender, Herren Gemeindevorstand Gänther und Schmidt
und 17 Gemeinderatsmitglieder, sowie Herr Ortsbaumeister
Kanger. Entschuldigt fehlten Frau Berger, Herren Danneberg
und Krauß.

1. Berichterstatter Herr Ortsbaumeister Kanger.)
Nach den Beschlüssen des Bauausschusses werden die rest-
lichen Schloßarbeiten, sowie die Wasserarbeiten für die 2. Bau-
gruppe an der Dillstraße wie folgt vergeben: Wirtschaft-
liche Schloßarbeitenreinigung Hies für 17148,30 Mk. und
für die Lieferung der Beläge der Gartenanlagen
3507,50 Mk.; Wassermeister Georg Vogt, Gröb, für die
Wirtschaftsgebäude, Haus 1, und Außenantrieb der Feuerherm-
nahmen von Haus 2-8 12845,80 Mk.; Bauhmann
u. Uterbach, Gröb, für Haus 2 2191,20 Mk.; Emil Hoff
für Haus 3 7796,40 Mk.; Julius Schulz, Dresden, für
Haus 4-8 43 576,80 Mk.; Bauhmann u. Uterbach, Gröb,
für Dachantrieb der Vorarbeiten 2040.— Mk.

2. Berichterstatter Herr Ortsbaumeister Kanger.)
Die Aktien-Gesellschaft Bauhammer beabsichtigt gegenüber
des Bürgervereins auf dem früheren Klotzischen Jagd-
lagerplatz eine Arbeiterbaracke als Kulturneubau
für die auf den Jug wartenden auswärtigen Arbeiter
zu errichten. Der Bauausschuß bezieht den Bau auf
Widerruf unter den aufgestellten Bedingungen zu be-
zweifeln.

3. Berichterstatter Herr Ortsbaumeister Kanger.)
Für die Anlegung eines Eisenbahndammes durch die
Eisenbahnverwaltung macht sich die Bewegung von 200 000
Kubmetern Erdmassen vom Haselbenden nach der Eisen-
bahnstraße bei Veraberg erforderlich. Für die Anlegung
der Dillstraße soll hinter der Veraberg Eisen-
bahnbrücke eine Halbröhre errichtet werden, um den Ver-
kehr auf der Dillstraße Straße nicht zu hemmen. Auf
Anraten des Herrn Riebel wird beschlossen, die Genehmigung
für die Halbröhre nur auf begrenzte Zeit und zwar bis
Ende 1921 zu erteilen, und auf Verlegung des Herrn
Wattfuß, hinter der Veraberg Brücke Warnungstafeln
anzubringen. Gegen die Errichtung der Halbröhre wer-
den im übrigen Bedenken nicht erhoben.

4. Berichterstatter Herr Gemeindevorstand Hans.) Die
Zusammenlegungsgesellschaft Gröb hat an den Ge-
meinderat des Ortes gestellt, den Teil der Eisenstraße
an der Haselbenden Straße bis zum Haselbenden in den

haltung der Gemeinde zu übernehmen, da der Verkehr dar-
selbst, vor allem wegen des ansehnlichen Güterabflusses,
ein im öffentlichen Interesse liegender sei. Die Neben-
nahme empfiehlt der Bauausschuß und das Kollegium
kann darüber zu.

5. Berichterstatter Herr Gemeindevorstand Schmidt.)
Nach eingehender Beratung leitend des Bauausschusses
und nach Einholung sachverständiger Gutachten macht
sich im Gange der Neubau eines der Heilortens und
der Umbau des vorhandenen bei in einen der Heilortens-
orten erforderlich. Die eingegangenen Kostenaufträge wer-
den bekannt gegeben und beschlossen, den Neubau des Dienst
der Firma Gebr. Kämpf, Eisenberg, zum Preise von 18 972
Mark in Auftrag zu geben. Für den Umbau des der Dienst
soll schon jetzt mit der Anlieferung des Materials be-
ginnen und bei der Firma Kamenseer Tonwerke zum Preise
von 24 617 Mk. bestellt werden. Herr Voss empfiehlt über
das Wasserwerkungsamt der Stadt Zwanzenberg Gut-
achten einzuholen, welches im höchsten Maße rationell ar-
beiten soll. Der Bauausschuß wird beauftragt, sich darüber
zu informieren.

6. Berichterstatter Herr Führer.) Die Kohlenpreise
haben sich seit Anfang Dezember v. J. um 70 bis 100
Prozent erhöht. Die Frachten und Anfuhrkosten sind im
gleichem Maße gestiegen und die Löhne für die Gemeinde-
arbeiter sind nach dem neuen Tarif ebenfalls um 10 Proz.
erhöht worden, und neue Lohnforderungen haben zu er-
warten. Der Erziehungspreis für 1 Kubikmeter Gas be-
trug im Dezember 79 Pfg., im Februar 105 Pfg. Die
Verhältnisse haben deshalb den Gasausfluß gezwungen,
eine neue Erhöhung des Gaspreises zu beschließen,
wie dies bereits in anderen Gemeinden durchgeföhrt
worden ist; so habe auch die Stadt Hies den Gaspreis
auf 120 Pfg. pro Kubikmeter erhöht. Um den im Januar
und Februar entfallenden Heftbetrag auszugleichen und
nicht bereits in anderwärtsiger Zeit wieder eine weitere Er-
höhung vornehmen zu müssen, habe der Ausschuß sich
entschlossen, den Gaspreis vom 1. März ab auf 120 Pfg.
für 1 Kubikmeter festzusetzen. Gleichzeitig damit wird eine
Erhöhung der Preise für Holz auf 15 Mk. für Klobholz
und 14 Mk. für Karfols für den Benutzer und für Winter-
brennstoffe auf 12 bezw. 10 Mk. eintreten. Deren Vänmel
und Gemeindevorstand Schmidt geben zu bedenken, ob bei
den enormen Erziehungskosten mit einem Gase von 120 Pfg.
auszukommen sei und man nicht besser den Preis schon heute
etwas herabsenke, um einer weiteren Erhöhung in aller-
nächstster Zeit vorzubeugen. Der Gemeinderat beschließt
jedoch im Sinne des Ausschusses des Gaspreisaufschlusses.

7. Berichterstatter Herr Führer.) Die Erhöhung des
Preises für das Hies der Volkshalle hat einen wesentlichen
Einfluß auf den Fortschritt der Gemeinde. Der Wohnungs-
abschluß des letzten Monats weist einen Ueberschuß von
rund 500 Mk. auf. Der Weiterbetrieb der Halle erscheint
besonders s. J. gefährlich, was im Hinblick auf die schwierigen
Ernährungsverhältnisse der nächsten Monate für einen Teil
der Einwohner eine große Erleichterung bedeute, und
aller Voraussicht nach eine weitere Zunahme der Teilneh-
mer bringen werde. Für die Teilnehmer am Rinderstort
habe der Wirtschaftsausschuß ebenfalls eine Erhöhung der
Portionspreise eintreten lassen, sowie auch den Erziehung-
beitrag von 1 Mk. auf 1,50 Mk. erhöht. Der Gemeinderat
erklärt sich mit dem Weiterbetrieb der Volkshalle einver-
standen.

8. Berichterstatter Herr Vänmel.) Der Verwaltungs-
und Finanzausschuß hat sich erneut um einen Beschluß
der Gemeindevorstand und -angeordneten um die Er-
richtung von Feuerungsanlagen in den vollen Sägen für
die Staatsbeamten zu beschließen. Die Ausschüsse haben
aber diesem Wunsch nicht in vollem Maße können Ver-
sicherung wegen der ermäßigten Höhe bewilligt, was Veran-
lassung zu einer längeren Verhandlung gibt, in welcher die
Herren Vänmel und Gemeindevorstand Gänther die
Wünsche der Beamten und Herren Dorn und Vänmel
über die Stellung des Ausschusses vertreten. Schließlich werden
die vom Ausschuß vorgeschlagenen Feuerungsanlagen gut-
gehehen.

9. Herr Gemeindevorstand Schmidt erstattet Bericht
über den gegenwärtigen Stand der Erwerbssituation.
Frage. Im Februar waren in unserer Gemeinde noch 26
männliche und 22 weibliche Erwerbssituationen-
berechtigten vorhanden, was gegenüber den Vormonaten einen
großen Rückgang bedeutet. Seit Einführung des Gesetzes
für hiesige Erwerbssituationen in Unterfertigungen insam-
gesamt 14 328 Mk. aus Gemeindegeldern, 28 647
Mk. aus Staatsmitteln, 42 970 Mk. aus Reichsmitteln. Um
den Verhältnissen Rechnung zu tragen, sind die Unter-
stützungssätze erhöht worden, deren Beträge vom Bericht-
erstatter bekannt gegeben werden.

10. Von Herrn Ortsbaumeister Kanger werden ver-
schiedene vom Bauausschuß an Bauwerken gemachte An-
schlagsgebühren bekannt gegeben.

11. Herr Gemeindevorstand Hans gibt bekannt, daß
der Gemeinderat zu Veraberg dem Vertragentwurf über
die Vereinigung mit Gröbha Zustimmung habe. Dagegen
habe eine Anzahl Veraberg Einwohner Einspruch beim
Ministerium erhoben. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Bermischtes.

Kaschubienfall. Die groß die allgemeine Unföh-
rheit im oberhiesigen Industriegebiet ist, geht aus nachfol-
gendem Fall hervor. In der Nacht zum 28. Februar drangen
zwei Diebe in ein in der Stadt mit vorgelassenem Fenster in die
Wohnung des Hausbesitzers Wieroczek im Erdgeschoss, die
die Wohnung ein. Die Diebe stahlen von ihm sämtliches Geld,
durchsuchten die Schränke und raubten 20 000 Mk. in Papier-
geld, 10 Zwanzigmarkstücke und 10 Neunmarkstücke und über
500 Mk. in Silber. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Schicksal der Wädrige Weller Johannes Wädrige
am Montag wurde der Wädrige Weller Johannes Wädrige
auf seinem Fahrrad von Wädrige Wädrige mit einer Verletzung
an einem Knie nach Trebbin demontiert. Zwischen Krumm
und Trebbin wurde der Radfahrer von einem in rasendem
Tempo dahertommenden Omnibus-Anhänger erfasst und
an einen Baum geworfen, jedoch der Tod auf der Stelle ein-
trat. Die beiden Chauffeurs des Omnibusses, zwei Italiener,
kennigten der Polizei gegenüber jede Schuld, doch ein junges
Mädchen erklärte, daß es selbst sich nur durch einen Sprung
in den Chausseegraben vor dem rasenden Auto habe retten
können. Kurz darauf sei der Radfahrer getötet worden. Die
Chauffeurs wurden zunächst mit ihrem Wagen zum Amts-
gericht Trebbin gebracht. Dort heißt man sich, daß sie
hiesigen Staatsangehörige seien und einer fremdländischen
Mission in Dresden angehörten. Auf ihrem Verlangen
hand man mehrere Januars Briefe und einen großen Posten
Geld. Diese Waren hatten sie in künstlichen Dörfern auf-
gekauft. Durch Nachfrage sind dem Amtsgericht Trebbin
wurde dem B. N. N. ergänzend mitgeteilt, daß schon seit
einer Zeit Oriententaus in Hies in den Dörfern der
Kreis Trebbin aufstehen und hier die Dörfer in gerade-
zu unglücklicher Weise betreiben. So sei festgestellt worden,
daß in verschiedenen Dörfern der Umgegend Trebbins fremd-
ländische Chauffeurs für Bediensteten kolossale Preise an-
boten und jeder aus Hies erzielte. In einem Dorf
schickten sie für das Pferd Butter 50 Mk.; in verschiedenen
anderen Dörfern wurde sogar das Pferd für 70 Mk. (II)
behalten. Für Eier boten sie 4 bis 5 Mk. für das Stück 1 Reiben
hätten sich die Bauern durch das hohe Gebot verlocken
lassen, die Waren herauszugeben. Es sei natürlich, daß
abgesehen von dem wenig wahrheitsgemäßen Sinn, der sich in
der Unkenntnis dieser Angelegenheiten offenbare, die Dörfer

Die Bevölkerung darüber aufzuklären, daß der Ausländer trotz dieser nachteiligen hohen Preise noch außerordentlich billig kauft. Jeder die ganze Angelegenheit sei sofort der in Frage kommenden ausländischen Mission in Dresden telegraphisch Mitteilung gesendet und das gesamte Material der Staatsanwaltschaft in Berlin überandt worden.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 5. März 1920.

Wahlungen der Berliner Abgeordneten.
X Berlin. Die Sozialistische Bewegung hat sich bei der Wahl, die das Reichswahlgesetz vom 1. März durch einen Zentrumsmann zu belegen, von den Sozialdemokraten durch Stellung der Wahlzettel zurückgewiesen werden müsse. — Nach dem, was die „Volkliche Zeitung“ aus den Reihen der Reichspartei hört, hat der Antrag des beiden Reichsparteien auf Auflösung der Nationalversammlung im Mai keine Aussicht auf Annahme. Die Reichsparteien würden sich voraussichtlich für Dinandisierung der Wahlen zum Ende des Jahres entscheiden.

Schicksale des Reichstags.
X Berlin. In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde der neue Etat für die Reichsbahn angenommen. Vom Reichstag wird ein Ausschuss von sieben Mitgliedern als Sachverständigen gegen das Verbot perlokaler Druckverteilung gewählt. Dieser Ausschuss stellt eine Art richterlicher Wehr dar. Den Vorsitz wird der Minister des Innern führen.

Reichsminister Bauer über die Lage Deutschlands.

X Budapest. Reichsminister Bauer äußerte an einem Sonderberichterstatter des „Völkischen Beobachters“, die innere Lage könne im Augenblick als außerordentlich befriedigend gelten. Die wegen der Auslieferungungsangelegenheit drohende Regierungskrise sei durch die Kappeler Lösung vorübergegangen. Wohl noch nie sei in Deutschland die innere Politik so eng verflochten gewesen mit der äußeren wie gegenwärtig. Zum Beispiel, sagte der Reichsminister, ist die Möglichkeit, den notwendigen Innenbedarf an Rohstoffen zu decken und gleichzeitig die im Friedensvertrag vorgesehenen Rohstofflieferungen an die Entente zu leisten, an eine arbeitserfreundliche Regierung geknüpft. Nicht nur jetzt, sondern auch für die nächsten Jahresjahre wird eine deutsche Regierung, die in der Arbeiterpartei nicht Sitz, Stimme und Einfluß hat, unmöglich sein. Wenn die Wahlen vielleicht auch eine Verdrängung der Opposition im Parlament auf der Rechten oder Linken bringen, ist eine Veränderung in der Zusammensetzung der Regierungskoalition doch nicht zu erwarten. Die Regierung hat bisher das Betriebsrätegesetz geschaffen, den Achtstundentag eingeführt und trachtet mit ihrer Finanzpolitik die schwachen Schultern nach Möglichkeit zu entlasten. Die Aufgaben einer langsamem Wirtshaft der wirtschaftlichen Verhältnisse mehrten sich in den letzten Monaten erheblich. In einzelnen Industriezweigen kann schon wieder eine recht beachtenswerte Produktivität festgestellt werden. Die Wirtshaft aus der Wirtshaft ab hängt vom Kohlen-, Holz- und Salznachfrage ab.

Alle drei Probleme können nicht von Deutschland allein gelöst werden. Die Überwindung der Kohlenkrise hängt von der Befreiung der Wirtshaft, die Einfuhr genährter Rohstoffe von der Neutralisierung des deutschen Kredit ab, und das Salznachfrage ist verflochten mit der Volk- und Finanzwirtschaft der gesamten Welt. Die Salznachfrage ist von ähnlich verheerender Wirkung wie die fünfjährige Blockade. Der Versuch, die mittlereuropäischen Salinen wie eine Saugpumpe, die den Rest des Weltlandes unserer Wirtshaft fest automatisch in die Hände der Sieger hinüberzieht. Das ist aber nur ein vorübergehender Vorteil für die Sieger, denn der schwere Nachteil, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllen kann, auf dem Wege folgt. Das allgemeine Salznachfrage Deutschlands und der Länder der früheren Donaumonarchie muß diese zu neuem wirtschaftlichen Zusammenstoß zwingen. Sie werden zu einer Art Salznachfragegemeinschaft gedrängt sein. Es ist zu hoffen, daß eine internationale Salznachfrageverpflichtung verstanden wird, auf dem internationalen Wirtshaftsmarkt das Gleichgewicht herzustellen, ohne daß eine wirtschaftliche und politische Verflechtung in Europa nicht möglich ist. — Die deutsche Regierung habe noch wie vor unerschütterlich auf dem Standpunkt des Völkerverbundes; selbstverständlich dürfe aber der Völkerverbund nicht ein Instrument zur bewußten Niederhaltung Deutschlands werden. Die deutsche Regierung werde natürlich nur einer Ausnahme als vollkommen gleichberechtigtes Mitglied näher treten. Er sei überzeugt, daß die auf den internationalen Beziehungen heute noch bestehende Atmosphäre des Hasses und Mißtrauens behoben werden würde und daß die Bestimmungen der Artikel 11 und 19 der Völkerverbundakte zu einer Revision jener Artikel des Friedensvertrages, die unerschütterlich seien, führen würden. Es fehle schon heute nicht an erfreulichen Anzeichen einer solchen Sinnesänderung in einigen Ententestaaten. Der Minister erklärte weiter, daß die vertrauensvollen Beziehungen Deutschlands zu den neutralen Staaten seit Kriegsende noch eine erfreuliche Stärkung erfahren hätten.

Die Verhandlungen der Schleswig-Holsteiner.
X Berlin. Bei den Verhandlungen mit der schleswig-holsteinischen Abordnung in Berlin erklärte Minister Heine u. a.: Die Regierung des neuen Breiten will, daß Schleswig-Holstein wie auch die anderen Landesteile eine möglichst weitgehende Selbstständigkeit in provinziellen und Gemeindeangelegenheiten in den Grenzen der Reichsverfassung und der allgemeinen Gesetzgebung erhält. Die

Verfassung des dem Grundbesitzer des Landes und der Selbstverwaltung entsprechenden schleswig-holsteinischen Sonderrecht soll dabei gewährleistet werden. Niemand denkt daran, einer selbstständigen Reichsmacht wegen höherer Kulturformen und individueller Stammesangehörigkeit zu verweigern. Das neue Breiten ist eine Unterordnung zwischen dem Reich und dem Reich und Breiten wird der Staat aufrecht sein. Dies gilt selbstverständlich auch für die Nord-Schleswiger von dänischer Abstammung und Sprache. Namens der Deputation erwiderte Herr Jørgensen, daß die Abordnung aus der Erklärung der Staatsregierung ernehme, daß die Wünsche der Bevölkerung Schleswig-Holsteins auf weitgehende Selbstständigkeit in der kommunalen und provinziellen Selbstverwaltung befristet werden können. Die Bewegung, die in der Nord-Schleswiger Versammlung ihren Ausdruck gefunden habe, habe nichts mit irgend welchen Sonderbestrebungen oder Eigenbrödeln zu tun. (Siehe auch in der Beilage.)

Der Ruf nach der Autonomie Schleswig-Holsteins, der von Nord-Schleswiger aus dieser Tage neu ertönt, hat diesbezüglich wie jenseits der Elbe Aufsehen gemacht. Wie sich im deutschen Reich selbst die Stimmung erheben, die von einer Separationsforderung mündelt, hängt aus Dänemark das schnell gelachte Propagandaecho zurück: Es ist ein Wahltrieb der Deutschen! Man kann sicher sein, daß es keines von heilen ist. Anders ist die Frage einer größeren Selbstständigkeit Schleswig-Holsteins im Rahmen des Reiches zu betrachten. Nicht nur Freund ist der Schleswiger dem „Breiten“; alle Werten schärfen da noch immer, Verhältnisse der Lebensauffassung sind immer trennend gewesen. Die Möglichkeit, die die demokratische Umwälzung in Deutschland gegeben hat, muß deshalb so weit ausgenutzt werden, wie es im Interesse des Zusammenbleibens und Zusammenhaltens der deutschen Stämme liegt — die Möglichkeit einer größeren Selbstständigkeit der Provinzen und Stammesgruppen im Rahmen des Reiches. Eine derartige Forderung hat, wie oben berichtet, Minister Heine gegeben.

Beitritt Dänemarks zum Völkerverbund.
X Kopenhagen. (Nieuw.) Landtag und Volkstag haben dem Regierungsvorschlag betreffend den Beitritt Dänemarks zum Völkerverbund zugestimmt.
X Kopenhagen. Schwedische Blätter zufolge wurde nach lebhafter Erörterung in später Nacht mit 152 gegen 87 Stimmen der Beitritt Schwedens zum Völkerverbund beschlossen. Man erwartet den Beitritt der Regierung schon rasch. Wie verlautet, wird u. a. Staatsminister Branting Mitglied des neuen Kabinetts sein.

Das wirtschaftliche Manifest.
X Paris. Die Pariser Morgenblätter nehmen allgemein an, daß das wirtschaftliche Manifest heute veröffentlicht wird. Da die Vertreter Frankreichs auf der Konferenz seinem Inhalt nicht reiflos zustimmen konnten, liegt die Entscheidung bei der französischen Regierung. — Wie weit Frankreich zu wissen glaubt, ist das Kapital, das sich auf die wirtschaftliche Ausbeutung von Rußland bezieht, infolge des Wirtshaftskrisis von Frankreich getrieben worden. (Siehe auch in der Beilage.)

Die nächste Konferenz der allierten Ministerpräsidenten soll Anfang April in San Remo stattfinden. In gleicher Zeit wird in Rom die internationale Finanzkonferenz, die der Völkerverbund veranlaßt, erfolgen.
Der amerikanische Vertreter bei der Wirtshaftskommission.

X Washington. Das Staatsdepartement benennt die von einigen amerikanischen Blättern veröffentlichten Pariser Meldungen, nach denen sich die Vereinigten Staaten von allen Kommissionen der Friedenskonferenz zurückziehen wollen. Das Staatsdepartement hat Douglas Wilson als Vertreter bei der Wirtshaftskommission in Deutschland benannt. Er wird heute nach Europa abreisen.

Die Parteien in Rußland deutschfreundlich.
X Paris. Vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte gestern der aus Rußland und Polen zurückgekehrte General Maschen, die Parteien in Rußland seien deutschfreundlich. Wenn man den Weltfrieden herstellen wolle, müsse man Deutschland und Rußland durch Waffenstillstand mit dem Ausgange zum Meere trennen. Die Unabhängigkeit und die Wirtshaftskrisis der Ukraine könne ihm besonders wertvoll. Dort könne man Getreide, Kupfer, Wolle und Vieh finden.

Sowjetwahlen in Moskau.
X Sankt Petersburg. (Sawsk.) Die Sowjetwahlen in Moskau für 1920 ergaben für die Kommunisten 80 Prozent der Sitze. Die Reichswahl erhielten 48 und die Unabhängigen 121 Mandate.

Tagung der Botshafterkonferenz.
X Paris. Die Botshafterkonferenz hat am Donnerstag vormittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon getagt. Sie befaßt sich mit den einzelnen Fragen, die die in Deutschland tätigen internationalen Kommissionen aufzuwerfen hatten, darunter diejenige wegen der deutschen Funktionen im Sinne des Artikels 197 des Versailler Vertrages. Am Sonnabend findet eine neue Sitzung statt.

Umrufen in Portugal?
X Paris. Eine Spanische Meldung aus Madrid widerspricht der Nachricht von revolutionären Umrufen in Portugal; man wolle in Madrid nichts davon.

Grönland soll Amerika die westindischen Inseln abtreten.
X New York. Ein Bericht der „Times“ aus New York zufolge wird dort viel von der Möglichkeit gesprochen, daß England seine Schulden an Amerika durch Abtretung der westindischen Inseln bezahlen könnte. Der Finanz-

Stimme fort, wie ich gekämpft habe und gerungen alle diese Tage hindurch um diese eine Frage: Ist sie es gewesen oder nicht, wie ich tausendmal alles das erwogen und hin und her überlegt habe, was du mir heute entgegenhalten willst. Aber sie mehr ich kämpfte und wußte, um so fester und unerschütterlicher steht eines vor meiner Seele: Sie und keine andere!
„Und welches Motiv?“
„Ja, mir dies eine nur — welches Motiv sollte sie zu einer so juristischen Tat getrieben haben?“
Er suchte bemerkbar zusammen, als auch von ihren Lippen das verhängnisvolle Wort ihm entgegenbrach, das ihn gequält und gemartert hatte alle diese schweren Tage hindurch. „Das Motiv“, murmelte er — „das Motiv.“
Er war bleich geworden — sein Auge hatte gedanklos ins Leere.
„Das Motiv“ — dann brach er schnell ab.
„Wir werden es finden — auch das — verlaß dich darauf — nur keine juristische Pedanterie mit diesem schrecklichen Wort — das Menschenherz ist so leicht nicht zu ergründen, wie ihr alle glaubt — es ist abgrundtief — ja, wenn ich mich zu deiner Überzeugung erheben könnte. Du bist rein und unbefleckt. Mit deiner Seele schaust du in die der anderen und siehst in ihnen nichts als das schöne Spiegelbild der eigenen. Ich aber habe das Leben kennen gelernt und die Menschen — ich habe es erfahren, daß gerade die schwersten Verbrechen von denen verübt werden, denen wir sie niemals zugestaut hätten — nein, nein, ich kann auch hier zu keinem anderen Schluß kommen.“
„Und diesen ganzen verhängnisvollen Schluß willst du auf ein inneres Gefühl bauen?“
„Gewissen!“

Die Wirtshaftskrisis wird die allgemeine Wirtshaftskrisis über 200 Millionen Pfund Sterling für einige dieser Inseln bezahlen.

Kirchennachrichten.
Donn. 10.00.
Wies. 9 Uhr Predigt (Gebr. 12, 11—12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Ich will nicht mehr lange traurig sein, denn morgen gehe ich frohen Mutes zur



Moden-Ausstellung

Riedel

Ecke Goethe- und Schützenstraße.

Geschäftszeit von heute ab: 8-12 und 2-7 Uhr.

Verloren

Wittw. Hb. Anhänger (gran. 1915) u. Fahnenhaken bis 1915. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 5

Beilage zum „Niesner Tageblatt“

Verlag: Sanger & Wenzel, Nies. Geschäftsstelle: Sangerstraße 10. Verantwortlich für Redaktion: Kurt Hagemel, Nies; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Nies.

Nr. 58.

Freitag, 5. März 1920, abends.

73. Jahrg.

Beendigung des Landarbeiterstreiks in Mecklenburg.

Im Mecklenburgischen Landarbeiterstreik ist der Schlichtungsausschuss gefällig geworden. Er billigt den Landarbeitern, soweit sie auf den Gütern anständig sind, ein jährliches Deputat im Wert von 2000 Mk., ferner einen Stundenlohn in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Juli 1920 von 1. Juli bis 31. Dezember 0,75 Mk. zu. Zum mindesten aber wird den ständigen Arbeitern die Jahressumme von 4480 Mk. in Geld garantiert. Die nichtanständigen Arbeiter erhalten ein Jahresgehalt von mindestens 5100 Mk. Die Arbeiter müssen sich verpflichten, im Jahre 2000 Stunden für dieses Entgelt zu arbeiten. Dazu kommen 190 Pflichtstunden, die mit 1,50 bis 2 Mk. pro Stunde bezahlt werden. Beide Teile erklärten sich mit dem Schlichtungsausschuss einverstanden, so daß die Arbeit heute wieder aufgenommen wird.

Die Landwirte drohen mit Einleitung der Befreiungen. Die Hauptversammlung des Kreislandbundes Mecklenburg hat den Beschluß gefaßt, daß für den Fall, daß seitens zentraler Elemente durch Generalkomitee der Güter- und Personenverkehr und damit das Wirtschaftsleben Deutschlands stillgelegt wird, die ländliche Bevölkerung des Kreis Mecklenburg im Einverständnis mit dem höchsten Bundesrat den revolutionären Generalkomitee dadurch zu bekämpfen suchen werde, daß sie sämtliche Befreiungen an die vom Streik betroffenen Städte so lange einstellt, wie der Generalkomitee dauert.

General Gröner über die Verkehrsstände.

Zur Erläuterung aus den gegenwärtigen Verkehrsständen möchte der ehemalige Leiter des Eisenbahnwesens im Krieg, General Gröner, in einer Unterredung, die er dem Berliner Vertreter der „Völkischen Nachrichten“ gewährte, den Vorschlag, künftig ohne Rücksicht auf die Bundesgrenzen lediglich nach wirtschaftlichen Zusammenhängen einige wenige Generaldirektionen zu bilden als Träger der gesamten Eisenbahnverwaltung. Gerade das Ministerium sei es dann nur noch, einen Ausgleich zwischen den Forderungen dieser Generaldirektionen herbeizuführen. Ferner müsse man den technischen Beamten künftig einen größeren Einfluß einräumen und mit dem Juristenstand brechen. Heute sei man glücklicherweise weit, daß nur die Arbeiter noch 1. und 2. Klasse fahren könnten. Man müsse doch endlich einsehen, daß es nicht gut sei, immer nur den Verkehr durch Erhöhung der Tarife zu belasten. Es müsse eine Sparmaßnahme der ganzen Organisation und eine Verbesserung im Betriebe und in der Verwaltung eintreten.

Güterverkehr mit Frankreich und Belgien.

Wie der schweizerische „Proletkämpfer“ erfährt, fanden am Mittwoch und Donnerstag zwischen Vertretern der belgischen und französischen Eisenbahngesellschaften einerseits und Vertretern sämtlicher deutschen Eisenbahnverwaltungen andererseits Verhandlungen über die Wiederaufnahme des direkten Güterverkehrs statt. Dabei ist eine gute Grundlage für die rasche Wiederherstellung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Beziehungen gefunden worden. Die Wiederaufnahme des direkten Personenverkehrs steht vorläufig allerdings noch nicht in Frage. Bei den Verhandlungen war auch das Präsidium der schweizerischen Bundesbahnen vertreten.

Die Autonomiefrage für Schleswig-Holstein.

Die Wiederrichtung aus Schleswig-Holstein, bestehend aus den Abg. Eberten Jörrens und Winkeln sowie Bürgermeister Timm aus Neudorf, ist gestern mittag vom preussischen Ministerpräsidenten Dirich in Gegenwart des Ministers des Innern Heine und eines Vertreters des Autonomieamtes empfangen worden. Die gründliche Ausdrucksweise zeigte das Bestreben zu durchaus harmonischem Zusammenarbeiten, das zu den besten Hoffnungen für die Zukunft Anlaß gibt.

Die polnisch-russischen Verhandlungen.

Der Berliner Vertreter der „Information“ teilt mit: In polnischen Kreisen verläuft, daß an den Friedensverhandlungen zwischen Polen und Sowjetrußland Vertreter von Frankreich und England in amtlicher Eigenschaft teilnehmen werden.

Denkmal in der Halle.

Englische Blätter veröffentlichen eine Reutermeldung aus Moskau, monach, daß der russische Kaufmannsverein ein Denkmal für den polnischen Vorkämpfer der Demokratie, den auf der Cuban-Halbinsel in eine Walfalle geratenen, errichten will.

Der belgische Kolonialbesitz.

Die Times meldet zur Gegenüberstellung zwischen England und Belgien im vormaligen Deutschkolonialgebiet: Belgien Anteil an dieser früheren deutschen Kolonie sei erheblich. Belgien gewinne etwa 18000 Quadratkilometer wertvollen Landes. Es besitze jetzt in Afrika über eine Million Quadratkilometer Land.

Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter.

Der Kammerausschuss für Arbeiterangelegenheiten hat auf Antrag des Abgeordneten Juhnin Godard beschloffen, eine Umfrage zu veranstalten, um einen Gesetzentwurf über die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an dem Nutzen der Unternehmungen auszuarbeiten zu lassen.

Paris, 4. März. Das Kammermitglied für Arbeiterangelegenheiten hat auf Antrag des Abgeordneten Juhnin Godard beschloffen, eine Umfrage zu veranstalten, um einen Gesetzentwurf über die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an dem Nutzen der Unternehmungen auszuarbeiten zu lassen.

Paris, 4. März. Das Kammermitglied für Arbeiterangelegenheiten hat auf Antrag des Abgeordneten Juhnin Godard beschloffen, eine Umfrage zu veranstalten, um einen Gesetzentwurf über die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an dem Nutzen der Unternehmungen auszuarbeiten zu lassen.

Die Hilfe der Miliierten.

Das wirtschaftliche Manifest.

Das Manifest des Obersten Rates enthält nach hier vorliegenden Nachrichten u. a. die folgenden Punkte:
1. Die Miliierten erklären sich bereit, eine größere Menge von Rohstoffen an Deutschland zu liefern.
2. Die Miliierten wollen sich an dem Ausbau der belgischen Wirtschaft beteiligen.
3. Die Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete von Frankreich und Belgien sei keine nationale, sondern eine internationale Frage.
4. Das wirtschaftliche Gleichgewicht Deutschlands und Rußlands soll wiederhergestellt werden.
5. Die Balkanfrage soll international geregelt werden.

Der neuernannte englische Botschafter in Washington, Sir Auckland Geddes, erklärte dem Londoner Korrespondenten der „Chicago Tribune“, England werde bei der Friedenskonferenz die absolute Notwendigkeit betonen, Deutschland zu helfen, sich wieder emporzurichten. Es werde Deutschland eine Anleihe bewilligen, damit es seinen Verpflichtungen nachkommen könne. Schon längst stehen mancherlei vorkriegsartige Anzeichen deutlich genug erkennen, daß man den weltwirtschaftlichen Unfrieden, der in einer rückwärtsgehenden Vernichtung Deutschlands liegen würde, vornehmlich auf englischer Seite einzusehen begann. Nun folgt der eminent praktischen Veranlassung des kühl rechnenden englischen Bankiers gemäß der vernünftigen Einsicht auch die vernünftige Tat. Welche die Verhältnismäßigkeiten oder liebvolle Betätigung auf Deutschlands Schwäche und unglückliche Not des Augenblicks spielen dabei natürlich keine Rolle, ausschlaggebend für die Haltung Großbritanniens ist einzig und allein die nächste Erwägung, daß Deutschland auf dem Weltmarkt einfach unentbehrlich bleibt, und daß die europäischen Staaten aller Selbsthaft im einzelnen ungeschützt nun doch einmal auf Geduld u. Verzeihen mit einander verbunden sind. Europa kann aber nur gemeinsam leben oder gemeinsam sterben und vor dieser lapidaren, nicht aus dem Welt zu schaffenden Tatsache haben, wenigstens bei vorläufigen Deuten, alle Gefährlichkeiten am Ende die Segel zu freisetzen.

Dem französischen Gesandten freilich will diese Wahrheit immer noch nicht einleuchten, und denjenigen, der aus der Geschichte zu lernen versteht, kann das eigentlich kaum verwundern. Immer und überall ließ sich das französische Volk auch in seiner politischen Haltung mehr von unklar waltenden Instinkten als vom Verstand leiten, wiewohl es von jeher in kühnerster Selbstbehauptung seinen sogenannten „Esprit“ in den Himmel zu heben liebte. Die Pariser Presse erhebt demgegenüber über die englischen Absichten ein gar gewaltiges Entrüstungsgeräusch. Wenn unter den europäischen Völkern die Vernunft nun wirklich maßgebend zum Durchbruch kommen sollte, dann müßten natürlich die französischen Besatztruppen auf immerwiederliches davonschwimmen. Außerdem sorgen das böse Gewissen Frankreichs und das Bewußtsein seiner trotz aller empha betriebenen Verfeinerungsversuche offen vor aller Welt liegenden Schwäche dafür, daß jede auch nur entfernte Aussicht auf eine langsame Wiederherstellung Deutschlands dort drüben einen wahrhaften Paroxysmus der wahnwitzigen Angst auslöst.

„La Presse“ sagt der Meldung über den englischen Besuch unheimlich die Bemerkung hinzu, daß die Ver-

Die aus Duisburg gemeldet wird, kletterten auf Höhe „Diergaard“, Schicht 8, 60 bis 70 Mann der Belegschaft, die mit den Unbedingten nicht einverstanden waren, an Schachtelern auf. Als sie deshalb entlassen wurden, trat die gesamte Belegschaft in den Streik. Auch auf der Schicht „Bekende“ wird gestreikt.

Enteignung staatsweigerlicher Bergwerke.

Die braunschweigische Regierung bereitet einen Gesetzentwurf vor, der sie zur Enteignung der Kohlenfelder des Landesgebietes berechtigt.

Lebensmittelunruhen.

In Elmshorn kam es vorgestern nachmittags zu Lebensmittelunruhen. Die vier größten Lebensmittelgeschäfte der Stadt wurden geplündert. Erst gegen abend gelang es nach Verhaftung von 60 Personen die Ruhe wieder herzustellen.

Nationalversammlung.

Präsident Fechenbach eröffnete die Sitzung um 1,20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Ergänzung des Gesetzes über

die Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen.

vom 18. Dezember 1919. Abg. Dr. Karl (D. Sp.) als Berichterstatter: Der Entwurf ist abgelesen von einem Sachverständigen aus dem Ausschusse hervorgegangen. Er ist ein politisches kein juristisches Gesetz. Er widerspricht allen juristischen Empfinden. Er widerspricht unserem Recht. Aber er ist ein Ausnahmengesetz für einen Ausnahmestand. Ein Trost ist es, daß der unbedeutende Wahrheitsinn des Reichsgerichts aus der Antastung reiten wird, was zu retten ist. Reichsjustizminister Schiffer: Die Vorlage ist nur ein Schritt weiter auf unserem Lebenswege. Ihre Zustimmung ist ein Opfer, das gebracht werden muß, um schlimmeres zu verhindern und das gebracht werden kann, um deutsches Recht, deutsche Ehre und deutsche Ehre zu retten. Wir danken dem deutschen Volke, wie danken Ihnen dafür, daß Sie uns in den Stand gesetzt haben, die stützende Unmöglichkeit der Fortsetzung der Auslieferung darzutun. Kein Unschuldiger darf bestraft werden. Kein Schuldiger darf seiner Strafe entgehen. (Hochachtungsvoll: Die Entente wird entscheiden.) Der Vorbehalt der Entente ist ein Vorbehalt der Macht, nicht des Rechtes. Er wird das Reichsgericht nicht beeinträchtigen. (Beifall.) Abg. Dr. Quard (Soz.): Der Antrag ist ein Schritt, der verlangt, daß nur auf Grund neuer Tatsachen zum zweiten Male gegen einen Beschuldigten verhandelt werden kann, sehen wir ab. Den Jura des Ausschusses, daß die Kosten des Verfahrens der Reichsjustiz aufzuerlegt werden können, billigen wir. Auch die gegnerischen Kriegsverbrechen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Abg. Burtsche (Hr.): Wir sagen uns der Notwendigkeit der Lage. Abg. Fall (Dem.): Wir müssen diese Vorlage annehmen. Es ist ein großer Erfolg der Regierung, hinter der in dieser Frage das ganze Volk gestanden

wirkung der englischen Absicht eine vollständige Revision des Friedensvertrages bedeuten würde. Schlimmeres aber könnte es zurzeit für das Empfinden der französischen Volkseele überhaupt nicht geben. Andere Mächte vermengen mit durchsichtiger Absicht die deutsche mit der russischen Frage. So sammelt der „Matin“, die englischen Vorschläge zielten letzten Endes darauf hinaus, den vollständigen Frieden ohne Einschränkung mit Deutschland und Sowjetrußland herzustellen. Schließlich kommt man in Paris ganz allgemein zu der eingetragenen überraschenden Forderung, Milierand müsse unverzüglich wieder nach London gehen. Es ist wahrhaftig zum Erstaunen, was man sich alles von diesem ehrenwerten Herrn Milierand verleiht! Ob denn wirklich ein Mensch auf der Welt nahe genug zu der Annahme ist, Milierand's Einfluß allein reiche aus, um die englischen Staatsmänner im Handumdrehen von einem wohlverwogenen, im Interesse Europas liegenden Entschlus abzubringen? Die Frage stellt sich auch schon hier beantwortend.

Die türkischen Friedensbedingungen.

Der Oberste Rat hat sich veranlaßt, da Milierand morgen nach Italien zurückkehrt, Milierand kann nicht vor Ende nächster Woche nach London kommen. Die Konferenz der Minister des Auswärtigen wird jedoch im Foreign Office weiter tagen. Sie wird sich mit der Feststellung des Textes eines mit der Türkei und mit unerledigten Fragen im Zusammenhang mit dem ungarischen Friedensvertrage befassen. Man hofft, daß der türkische Friedensvertrag der Türkei am 22. März in Paris überreicht werden kann. — Die „Times“ greifen die langsame Arbeitsweise des Obersten Rates an.

Am 22. März soll endlich auch den Türken ihr Friedensvertrag präsentiert werden. Von dem Reich, das im 15.-17. Jahrhundert eine Großmacht darstellte, vor der römische Kaiser und Polen, die damals mächtigsten Christenstaaten Osteuropas erztitterten, wird nicht viel übrig bleiben. In Europa soll es auf Konstantinopel beschränkt werden. Von dem nach 1913 so frampfhaft verdrängten Adrianopel ist gar nicht mehr die Rede. Die westliche Grenze soll die Linie Enos-Widia werden. Die übrigen schon im Londoner Frieden vom 31. Mai 1919 vorgesehenen, aber im Bukarester deselben Jahres (3. Aug.) wieder bis Adrianopel hinausgerückt wurde.

Hinter wirkt der Verlust des asiatischen Reiches. Mit der Vorkriegsgränze von Eriens und Mesopotamiens wird der kümmerliche Rest von den großen Strahlen des Weltverkehrs abgeschnitten, die vom Euphrat und dem Nil ausgehen. Kleinasien wird isoliert kaum lebensfähig sein, mag es auch die Wiege des Osmanen-Reiches gewesen sein. Von Kleinasien sollen aber auch noch „Lakaven“ abgetrennt werden. Man hört ja auch schon allerlei Gerüchte von einem zu errichtenden armenischen Staat; und von Extrablissen, die für Italien und Griechenland aus dem Leibe des türkischen Stammlandes herausgeschlitten werden sollen. Dazu müssen Meer und Flotte abgetrennt werden. Und der Sultan behält in Konstantinopel trotz seines Statusverlustes lange nicht so viel Macht als unter türkischer Oberhoheit der Herrscher von Mekka behält, der jetzt bei einem erhöhtem Range seine frühere Abhängigkeit von Istanbul mit der von London vertauschen soll.

hat. Der Antrag der Unabhängigen, die Öffentlichkeit der Reichsgerichtsverhandlungen nach besonders sicherzustellen, ist überflüssig. Wenn wir vom Reichsgericht Richterprüfung erwarten, die uns vor uns selbst rechtfertigen, so sind wir überzeugt, daß das Reichsgericht sich von keiner Politik leiten lassen wird. Ungefühlt bleiben darf aber auch nicht das Unrecht auf der anderen Seite. Die Deutschen, die von der Entente ergriffen und wegen angeblicher Kriegsverbrechen abgeurteilt worden sind, müssen befreit und vor deutsche Gerichte gestellt werden. Die Aussagen der beim lebenden Kriegesgefangenen und die Worte im belebten Gebiete beweisen, daß viel Schuld auf der Gegenseite vorhanden und ungestraft ist. Abg. Seeger (Unabh.): Die Vorlage dürfte nicht so sehr auf den Zwang der Entente zurückzuführen werden als auf unser eigenes Rechtsbewußtsein. Das Verlangen nach einer Liste der Schuldigen auf der Gegenseite könnte zu Verwicklungen führen.

Der Antrag der Unabhängigen wird abgelehnt. Abg. Bar muth (Un.) begründet den Antrag Unabäh, durch den das Gesetz unserem Rechtsbewußtsein genähert wird. Unterhaushaltsreferent Fockel bittet, den Antrag abzulehnen. Wir seien eben leider nicht frei in unseren Entschloßungen. Der Antrag wird hierauf abgelehnt, der Jura des Ausschusses betreffs der Kosten wird angenommen. Damit ist der Gesetzentwurf erledigt. — Es folgt die Abstimmung über den § 12, Biffer 12, Abs. 1 des Reichs-Einkommensteuergesetzes, der unter Ablehnung des dazu vorliegenden deutschnationalen Antrages in der Ausschussfassung angenommen wird. Es folgt die zweite Beratung des Entwurfes eines

Landessteuergegesetz.

Abg. Simon-Schwaben (Soz.): Das Gesetz wird von Ländern und Gemeinden binnen kurzem als Lokaltat empfunden werden. Weitergehende Anträge im Ausmaß müßten abgelehnt werden. Abg. Delle (Dem.): Das Gesetz ist das Kernstück der ganzen Steuerreform. Die Länder und Gemeinden werden im nächsten Jahre mit 10 bis 12 Milliarden Ausgaben zu rechnen haben. Aus den Vermögenswerten wird sich nur etwas über die Hälfte dieses Steuerbedarfs ergeben. Die den Ländern und Gemeinden überwiesenen selbständigen Steuerquellen, die Luftverkehrssteuer usw. werden wenig über eine Milliarde ergeben. Abg. Däweil (Unabh.): Mit der Tendenz des Gesetzes, die Selbstständigkeit der Länder einzuschränken, können wir einverstanden sein. Wir werden das Ergebnis der zweiten Beratung abwarten. Nächste Sitzung morgen nachmittags 1 Uhr. Fortsetzung. Vorher Anträge. Schluß nach 6 Uhr.

Sitzung der sächsischen Volkskammer.

tu. Dresden, 4. März. Auf der Tagesordnung steht die allgemeine Vorberatung über die Vorlage Nr. 54 über einen Gesetzentwurf über das religiöse Erziehungsrecht. Nach § 1 der Vorlage bestimmt die religiöse Erziehung der Kinder, die mit dem erfüllten 14. Lebensjahr endet, der Erziehungsberechtigten. Die bisher rechtswirksam abgeschlossenen Verträge bleiben bestehen. Die Gesetz über die religiöse Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen werden

ausgegeben. Abg. Krübe (Dem.): Trotzdem wir gewisse Nachteile feststellen müssen, stimmen wir doch der Vorlage zu. Abg. Dr. Kaiser (D. V.) erkennt ebenfalls die Notwendigkeit der Vorlage an, aber in der jetzigen Form könne er ihr nicht zustimmen. Er beantragt schließlich Verweisung der Vorlage an einen Sonderausschuss. Abg. Müller-Weipig (Unabh.): Meine Fraktion ist mit der Vorlage und mit ihrer Verweisung an den Rechtsausschuss einverstanden. Abg. Wilde (Soz.): Wir vertreten den Grundgedanken der freien Religionsübung und die Ansicht, daß der Staat in das Privatleben des einzelnen nicht hineinzugreifen darf. Abg. Dr. Mendt (Dnat.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Dr. Kaiser in weitestem Umfange an. Die Gesetzesvorlage greift nicht nur in die sarkastischen Teile der Ehe ein, sondern überläßt die religiöse Erziehung der Kinder schuldig der Willkür des Vaters. Damit schließt die Vorlage die Ehegatten an den Rechtsausschuss. Nächste Sitzung Dienstag, den 9. März, nachm. 1 Uhr.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.
Der neue Reichsverkehrsstat. Wie die „München Augsburger Abendzeitung“ erfährt, ist damit zu rechnen, daß der erste Reichsverkehrsstat mit 15 Milliarden in Einnahme und Ausgabe abgeschlossen wird, wovon auf Bayern 1 1/2 Milliarden kämen. Am 1. April wird der Reichsverkehrsminister rund 50 000 Kilometer Schienenstrecke mit einem Gesamtpersonal von mindestens einer Million zu verwalten haben.

Die Reichsparteien fordern Auflösung der Nationalversammlung. Die Fraktionen der deutsch-nationalen und der deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung haben folgenden gemeinsamen Antrag eingebracht: Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung wolle beschließen, 1. Die Reichsregierung zu ersuchen, 1. alsbald mitzuteilen, welche Gesetzentwürfe sie der Nationalversammlung noch vor ihrer Auflösung vorzulegen gedenkt, 2. die Entwürfe zum Reichstagswahlgesetz, zum Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten und zum Gesetz über Volkswirtschaft und Volksbeschäftigung mit größter Beschleunigung vorzulegen; 11. bis vom 1. Mai 1920 ab als aufgelöst zu erklären. — Wie die „Berliner Börsenzeitung“ hört, bildet der Antrag der Reichsparteien auf Aufschreibung von Neuwahlen u. a. in diesem Frühjahr den Gegenstand von Besprechungen innerhalb der Reichsparteien. In den einzelnen Fraktionen gibt es Anhänger einer früheren Anderräumung der Wahlen zum Reichstag und in diesen Kreisen dürfte man Einfluß auf die Regierung in der Richtung ausüben, daß sie sich zur Festsetzung und Befestigung eines wesentlich früheren Wahltermins als bisher geplant entschließen möge.

Fällige Gerichte über den Großherzog von Hessen. In der holländischen Presse der letzten Tage waren vielfach Gerichte verbreitet, wonach am Abend des 6. Februar der Großherzog von Hessen und sein Sohn bei Sevensaar über die Grenze nach Holland geflüchtet sein sollen, nachdem bereits am 5. Februar 3 Deutsche, deren Namen auf der Auslieferungsliste hingen, gleichfalls über die Grenze gekommen seien. Wie das deutsche Konsulat in Sevensaar amtlich feststellt, ist am 6. Februar lediglich Prinz Wolfgang von Hessen aus Hamburg nach Holland gereist, aber schon am 7. Februar nach Deutschland zurückgekehrt. Weder der Großherzog von Hessen noch andere Fürstlichkeiten haben in diesen Tagen die holländische Grenze passiert, ebensowenig Offiziere oder sonstige Militärpersonen. — Lord George teilte im Unterhaus mit, daß zwar die Vertreter der britischen Gerichtsbarkeit den Verhandlungen in Belgien beiwohnen, aber doch keinerlei amtliche Rolle übernehmen werden.

Gefangenentransporte aus Rußland. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der erste Transport aus Sowjetrußland mit 600 heimkehrenden Zivilisten sowie Frauen und Kindern wurde bereits am der Demarationslinie übernommen. Das Eintreffen des Transportes in Deutschland kann in den nächsten Tagen erwartet werden.

Schweiz.
Die Schweiz und der Völkerverbund. Der Nationalrat hat mit 115 gegen 55 Stimmen bei 4 Stimmenthaltenungen den Beitritt der Schweiz zum Völkerverbund beschlossen, ohne die sogenannte Amerikaklausel beizubehalten.

Das Ergebnis des französischen Sozialistenkongresses. Das Ergebnis der fünftägigen leidenschaftlichen Verhandlungen auf dem Straßburger Sozialistenkongress besteht darin, daß der französische Sozialismus es vor allen Dingen für nötig gehalten hat, jede Brücke abzubrechen, die ihn mit der deutschen Mehrheitssozialdemokratie zusammenführen könnte. Wie bekannt, nahm der Kongress mit großer Mehrheit die von Louquet ausgearbeitete Tagesordnung an, wodurch der Verwaltungsausschuss ermächtigt wird, mit den russischen Bolschewiken, den deutschen Unabhängigen und den Sozialisten der übrigen Länder in Verhandlung zu treten, zur Gründung einer neuen Internationale. Der Verwaltungsausschuss soll das Ergebnis dieser Verhandlungen in spätestens drei Monaten der Partei unterbreiten.

Die Unfähigkeit in Irland. Der Postwagen, der die Post für den Bischof von Irland überbringen sollte, wurde von maskierten Männern in Dublin angehalten. Sämtliche Briefschaften wurden geraubt.

Wirtschaftliches aus Polen. Die „Telegraphen-Union“ berichtet: Vorher Lebensmittelarten sind auch Kohlenarten in Polen eingeführt. Die Lebensmittelpreise steigen in Polen dauernd. Zur Zeit werden folgende Preise gezahlt. Im Einzelhandel kostet: 1 pol. Pfund Brot 4 M., 1 pol. Pfund Weizenbrot 18 M., 1 pol. Pfund Butter 25 M., 1 pol. Pfund Speck 22 M., 1 pol. Pfund Schweinefleisch 15 M., 1 pol. Pfund Ferkel 20 M., 1 pol. Pfund Kartoffeln (Warschau) 2 M., 1 pol. Pfund Kartoffeln (Polen) 1 M., 80. Kohlen kosten im Einzelhandel 60 M., auf Karren 6 M. pro Str.; für ein Km. Holz wird in Polen 60-70 M., in Warschau 150 M. gezahlt. Es kosten im Einzelhandel der Berliner Roggen 200, Hafer 120, Erbsen und Weizen 400 Mark. Die Regierungspreise sind für Roggen 60 M., für Hafer 50 M. Der Kreis Polen soll bis zur neuen Ernte mit Getreide verlorft sein, wogegen in den größeren Städten Hungernot herrscht. Der Kurs der deutschen Mark steht zur Zeit 100 M. gleich 172 polnische Mark. Das Eisenbahnmateriale in Polen ist sehr schlecht, die Züge verkehren unregelmäßig und haben infolge herrschenden Kohlenmangels große Verspätung.

Türkei.
Die türkische Flotte wird abgewrackt. Die Friedenskonferenz hat beschlossen, die türkische Flotte abwracken zu lassen.

Amerika.
Aufhebung der amtlichen Frachttarife. Das Schiffahrtsamt hat alle amtlich festgesetzten Frachttarife auf. Es überläßt von jetzt ab den Unternehmern die Festsetzung der Frachttarife für ihre Schiffe.

Der Streit um den Friedensvertrag. Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet aus Washington, daß der ehemalige Präsident Taft Wilson anfragt, auf die Verwertung des Friedensvertrages von Versailles hinzuwirken, damit er keine Entscheidung über die Vorbehalte Lodge zu treffen brauche. Lodge sagte, wenn das wahr sei, dann könnten Wilson und die demokratischen Senatoren nicht die Verantwortung für den Mißerfolg des Vertrages von sich abwälzen. Er frage, ob der verdienstvolle Wilson aus persönlichen Gefühlen wirklich sein eigenes Werk zerstören wolle.

Blatt
Gausmädchen
für sofort oder 15. 8. gesucht.
Volkehaus Riesa.

Wirtschaftlerin
oder Stütze,
welche sich jeder häuslichen Arbeit unterzieht und ersehnen im Kochen, Waschen, Einmachen u. Federputzpflege ist, wird bei hoh. Gehalt sofort gesucht. Frau Amtsrat Käse, Dorfstr. bei Mühlberg a. Elbe.

Regelauffeher
für einige Abende in der Woche gesucht.
Wartburg, Neu-Gröba.

Pferdejungen
gesucht. **Hanisoh, Wernsdorf.**

Knecht
von 15-17 Jahren wird sofort gesucht.
Robert Klöbe, Seutewitz.

Ziegelarbeiter
wird ein
Dachziegelwerk Gröba.

Austräger für Zeitschrift
mit Einkassieren gesucht.
Wo? sagt das Tgl. Riesa.

Provisionsreisende
v. Buchhdt. gef. Angeb. erb. unter L O 6045 an Rudolf Wöhe, Leipzig.

Frische hochtragende und neumelk. Kühe
sind eingetroffen und stehen zum Verkauf.
Georg Otto, Ostrau, Fernruf Nr. 178.

Ein Stamm gute Gegehähner
zu kaufen gesucht.
zu erfragen **Carl Barth, Sausitz, 64.**

Fr. Germetin u. Schwarzloh,
2 Monate alt, zu verkaufen. **Dieselbst ein dunkler Hase für mittl. Stat. zu verkaufen. Zu erfr. im Tageblatt Riesa.**

Wollkleid
zu verkaufen (von abends 5 Uhr ab). Näheres **Wettinerstr. 29, 1. l. Guterhaltener**

Damenmantel,
Anzug f. 10-13jähr. Knaben zu verkaufen. Zu erfragen **Vöbischer Str. 39, 2. l.**

Cutaway,
guterb., für mittlere Figur, verkauft **Wilhelmstr. 4, v.**

Gehrücke
werden vertrieben
Wilhelmstr. 4, v.

Neuer Anzug,
schwarz, m. gestr. Hute, mittl. Figur, preisw. zu verkaufen. Zu erfr. im **Tagebl. Riesa.**

Neuer blauer Anzug,
auch für Konfirmanden passend, äußerl. preiswert zu verkaufen. Anzugpreis von 2 bis 4 Uhr nachm. Zu erfr. im **Tagebl. Riesa.**

Harter Hut,
Größe 57, zu verkaufen **Bismarckstr. 26, 2. r.**

18. Konfirmanden-Schule,
Nr. 38 (An.), von 5 Uhr an zu verkaufen **Neuweiße, Sausitz, 26, v. l.**

Ein Paar neue Militär-Reitstiefel,
Nr. 28,5, von 1914, zu verkaufen **Sausitz, 41, 2.**

1 Paar gestr. Kinderstiefel,
Nr. 27, guterhalten, zu verkaufen **Sausitz, 15 a.**

Guterhaltene Militärschuhe,
Nr. 26-27, zu kauf. gesucht. Angeb. m. Preis unt. L 8 4063 an das **Tgl. Riesa** erbeten.

1 P. neue weiße Damen-Galochschuhe, Nr. 38-39, weiß zu klein, für 50 M. zu verkaufen **Schäferstr. 33, 2. r.**

Brillant-Uhr-Armband
für Dame aus Privatband zu kaufen gesucht. **Geil. Juchter, belöbendern Gies-Paatenhain-Dogler, Dresden unt. 2 007.**

Gasthof Seerhausen.
Sonntag, den 7. März
Öffentliche Ballmusik
— Anfang 5 Uhr. —
K. Gichmann.

Reichshof Zeithain.
Sonntag, den 7. März
große öffentliche Ballmusik.
— Anfang 4 Uhr. —

Gasthof Wülknitz.
Sonntag, den 7. März, von nachm. 8 Uhr an
großes FreKonzert m. anschl. Ball.

Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Um zahlreichen Ausbruch bittet **Friedrich Eckert.**
Der geehrten Einwohnerschaft von Riesa zur gest. Kenntnisnahme, daß **Herr Gustav Glauß, Bismarckstraße 15a, Ecke Schillerstraße, unsern Brot-Verkauf mit übernommen hat. Dachschneiderei**

B. und C. Neigel, Dampf- und Holzschneiderei Langenberg.
Zahle die höchsten Preise für alle Arten Stroh!
Selbige werden auch in Lohn ausgegibt d. erfr. l. Fabrik. Ferner sehr hohe Preise für **Waulwurfs-, Damirer-, Warden-, jelle, Schur-Wolle, Hochhaare.**

6. Meißner, Riesa, Altmarkt 3. Tel. 121.
Jetzt bei diesem günstigen Wetter pflanzt man am besten Obstbäume, Beerenobst usw.
Noch große Bestände vorhanden.
Bausber Baumschulen Paul Winkert
Sausitz-Riesa. — Fernruf Riesa 720.

Bekanntmachung.
Auf unserem Werke wird täglich Metall und Eisen in erheblichen Mengen geflohen. Wir warnen hiermit vor Ankauf von dergleichen Diebesgut.
Altiengeseilschaft Rauchhammer
Abteilung Stahl- u. Walzwerk Riesa.

Achtung! Dem anonymen Briefschreiber — der Handchrift nach Kaufmann — zur gefälligen Kenntnisnahme: Der Riesaer Herr, der sich erlaubte einen anonymen Brief auf das Stützungsgebet für meine Tochter unter G K 4457 in Nr. 44 einzuliefern, ist bei mir ein Schmierhase, Feigling und großer Tränker. Den guten Rat, den er gibt, daß meine Tochter auf Land ziehen soll, da junge Kräfte gebraucht würden, um unser Wirtschaftsleben auf die Höhe zu bringen, mag er ja, wenn er stellunglos ist, für sich in Anspruch nehmen. Was ein Vater vieler Kinder besseren Standes mit seiner Tochter macht, dürfte diesen netten Herrn nichts angehen. Da dieser Herr nicht in der Lage ist, einen Brief stilistisch und orthographisch richtig zu schreiben, wäre es sehr angebracht, er ginge selbst auf Land und verheiratete sich zunächst mit einem **Schlagensbaum**. („Grüß Euch Gott mit einander“). Angenehm würde es mir sein, den netten Herrn persönlich kennen zu lernen. **G K 4457.**

Heilung von Nervenschmerzen
wie Kopfschm., Nerv.-Reizen, Schlaflosigkeit usw.
Sprechstunde:
jeden Sonnabend von 8-8 Uhr im **Hotel Deutsches Haus, Magnetoplatz Bohmann.**

Rugholz-Auktion.
Dienstag, den 9. März d. J., vorm. 9 Uhr sollen **8 Eichen, 2 Erlen, 1 Eiche, 3 Pappeln** meistbietend versteigert werden. Treffpunkt der Bieter: **Ausgang des Dorfes Plötz.** Mittg. 8 Uhr b. **Stauditz.** Die **Hilfsrentenverwaltung.**

Für die uns anlässlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke danken hierdurch zugleich im Namen unserer Eltern aufs herzlichste **Gröba, im Februar 1920.** **Max Gasse und Frau Hulda geb. Wallas.**

Für die uns anlässlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke danken hierdurch herzlichst. **Riesa, 4. März 1920.** **Fris Jäger und Frau Margarete geb. Rudolph, zugleich im Namen der Eltern.**

Bei Blutsstockungen
und unregelmäßigkeiten verwenden Sie in höherem Grade **Menstruationspulver „Fyra“.**
Preis Nr. 6.00. Gebt erhalt. **Oskar Förster, Zentral-Druckerei, Diesterweg-Platz, Berlin.**

Hygienische Frauen-Artikel
Mutterkorn, Tropfen, Binden, Gummiswaren usw. Verlangen Sie Prospekt. **Frau Gennig, ärztl. repr. Mollat, Götze (Elbe), Nähe Neumühle.**

Altzinn 42 Mark Kupfer 18 Mark Messing 12 Mark
Zinn- und Kupferwaren zu kaufen geb. **B. 10 Kilo m. Porto ob. Fabrikgeb. vergütet. Rischel, Ebbeln, Dresdener Str. 48.**

Alle Sorten Stroh
kauft waggonweise gegen Kasse bei Liebernahme zu höchsten Preisen **Max Schumann, Getreidegeschäft, Bahnhof Böhlen, Tel. Großenhain 59.**

10 Bentner Heu
verkauft **Kobeln 101.**
Ein Vorkauf **Buchsbäum**
zu verkaufen **Vöblich 1 d.**

Schöne aus Privatband
schönen Brillant-Ring
zu kaufen. **West. Angeb. unter 11 21655 an Max-Gaaschstein & Wogler, Dresden erbeten.**

Schreibmaschinen
jedes System, auch besetzt, zu kaufen gesucht. Für Schreibmaschinen m. Lichtschreibapparat höchste Preise. **Kühne, Dresden, Kaulbachstraße 31, 1. l. Unterhalt. Perrenfahrab mit Gummirollen zu verkaufen Gröba, Streblaer Str. 3, 2. r.**

Ein Sportwagen,
guterhalt., u. 3 Paar Rinderstiefel, Größe 19, 25 u. 28, zu verkaufen. Zu erfragen im **Tageblatt Riesa.**

Guterb. Chaifelongue und Nähmaschine
zu verkaufen **Parkstr. 1, n. r.**

1 großes Rohr ist zu verkaufen **Goethestr. 41.**
Ein eiserner Ofen, 1 Meter hoch ausgelegt, mit Rohr zu verkaufen. **Näh. 6. Alinaer, Bismarckstr. 11a.**

Eisernen Kochherd,
wenig abg., 80-120, 3 Wängelplatten, wegen Platzmangel verkauft **Obernischdorf 10b, Post Jehren.**

Hobelbank
zu verkaufen **Goethestr. 20, 1. r.**

Eine Brettwagen,
gebr., 30-40 Str. Tragkraft, und 2 Binschmitten zu kaufen. Offerten unter **L 8 4063** an das **Tageblatt Riesa.**

Ein Kastenwagen
steht zu verkaufen. **Paul Winkert, Baumschulen, Sausitz.**

Zu verkaufen
1 ein. **Trakt.-Mater. Westf.** 1 **Waldschneid.** unter 2 die **Wahl, 53 u. 54, 1 Strohhut, 54, 1 zwei Mr. langes Weisfisch, 1 **Leinwand, 2 **Hände „Das Buch des Kaufm.“, n. **Ausf., 6 **Hände „Biblischer des allgem. **prakt. **Wissens“.** Alles im besten Zustande. Zu erfragen **H. Emil Müller, Kaiser-Wilhelm-Platz 21.**************

Slavier
entl. **Tafelstüber** od. mit **Trausfah.** **Flügel** **kaufe** und **erbilte** **Angebote** mit **Preis** und **Ordnung.**
Hans, Dresden-Pl., Rannowstr. 58, Tel. 23673.

Eine gebrauchte Mandoline
ist preiswert zu verkaufen. **Wo? sagt das **Tagebl. **Riesa******

Mandoline
zu verkaufen **Reiba, Deibebgr. 23.**